

Rede

Jürgen Hein

Bürgermeister der Stadt Büdelsdorf

anlässlich der
Jahrestagung des Landesverbandes der
Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V.

**"Gemeinsam Gesellschaft bilden
- Integration gestalten -"**

am Freitag, 17. Juni 2016, um 10.00 Uhr,
Regionales Bürgerzentrum Büdelsdorf

Anrede,

herzlich willkommen in der jungen Stadt Büdelsdorf.

Wir freuen uns sehr darüber, dass die diesjährige Jahrestagung des Landesverbandes der Volkshochschulen bei uns in Büdelsdorf stattfindet.

Unser Stadt liegt nicht nur zentral in Schleswig-Holstein und hat damit aus allen Richtungen annehmbare Anfahrtsbedingungen, sondern wir stehen auch zu unserer Volkshochschule, der Volkshochschule Rendsburger Ring e.V. und unterstützen deren Arbeit hier im Regionalen Bürgerzentrum nach besten Kräften.

Ich bin darüber hinaus im Vorstand des Landesverbandes der Volkshochschulen als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände tätig und weiß daher auch um die kraftvolle und gesellschaftliche so bedeutende Arbeit unserer Volkshochschulen und Bildungsstätten im Lande.

Ich kenne aber genauso gut den steten Kampf um eine auskömmliche Finanzierung und die damit verbundene Abhängigkeit von der Gunst politischer Entscheider auf Landesebene und im Kommunalen Bereich.

Ich habe aber auch Verständnis für Gemeinde- und Stadtvertreter, die teilweise unter hohem finanziellen Druck Entscheidungen vor Ort zu treffen haben.

Das ist nicht einfach und auch nicht zwingend vergnügungssteuer-pflichtig.

Umso wichtiger ist es, gerade den politischen Entscheidern vor Ort klar zu machen und permanent zu spiegeln, dass Volkshochschule eben nicht nur ein zusätzliches freiwilliges Angebot ist, das sofort in den Focus gerät, wenn die Finanzen eng werden, sondern das Volkshochschule unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Infrastruktur und in der Rangordnung gleichbedeutend ist wie die schulische Bildung.

Hier wäre ein eindeutiges Bekenntnis des Landes in gemeinsamer Verantwortung mit den Kommunen, verbunden mit einer verlässlichen und auskömmlichen Finanzierung ein überfälliges und wichtiges Signal.

Hier verpasst der Landesgesetzgeber nach meiner Auffassung aber wiederum mit der geplanten Änderung des Weiterbildungsgesetzes die Chance, ein positives Signal pro Volkshochschulen und Bildungsstätten gerade was die Finanzierung anbelangt, zu setzen.

Aber auch für unsere Volkshochschulen gilt, sich permanent selbst in Frage zu stellen, Strukturen und Inhalte zu hinterfragen und die Bereitschaft zur notwendigen Veränderung zu entwickeln.

Nur mit einer überzeugenden Arbeit, nachvollziehbaren Organisationsformen, transparenten Inhalten, innovativen Ansätzen, dem Nachweis der hohen gesellschaftlichen Bedeutung sowie dem erkennbaren Mehrwert für die positive Entwicklung der Menschen und damit unseres Gemeinwesens wird es gelingen, in die Köpfe, aber auch in die Herzen der Entscheider zu gelangen.

Der „Häkelbüdelclub“ war vorgestern, heute ist die Volkshochschule ein Ort geballter vielfältiger Kompetenz mit einem riesigen Spektrum von Angeboten für alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft.

Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen das!
Aber wissen das auch die politischen Verantwortlichen?

Die Volkshochschulen sollten wie selbstverständlich eine der tragenden Säulen kommunaler Daseinsvorsorge sein.

So müssen sie landesweit wahrgenommen, gewertschätzt, anerkannt und letztlich finanziert werden.

Da ist noch ein gutes Stück des Weges zurückzulegen.

Da sind die Volkshochschulen selbst, aber auch die politisch Verantwortlichen aller Ebenen absolut gefordert.

In diesem Zusammenhang will ich die Gelegenheit nutzen, und den Menschen, die die Volkshochschulen zu dem machen, was sie heute sind, zu danken.

Das sind die Volkshochschulleiterinnen und -leiter, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkshochschulen sowie die Kursleiterinnen und Kursleiter.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren,

verkörpern mit Herz und Leidenschaft, mit fachlicher wie menschlicher Kompetenz die Werte der Volkshochschule und leisten großartige Arbeit zum Wohle der Menschen in unserer Gesellschaft.

Dafür ein dickes, dickes Dankeschön!

Das Gleiche gilt für unseren Landesverband.

Liebe Frau Peters, Ihnen und Ihrem Team ebenfalls ein von Herzen kommendes Dankeschön für Ihre tolle Arbeit.

Das Thema Ihrer heutigen Jahrestagung

Gemeinsam Gesellschaft bilden

- Integration gestalten –

beschreibt die derzeit größte Aufgabe in Deutschland und wenn nicht die Volkshochschulen hier ein wesentlicher und verlässlicher Partner in der Bewältigung dieser Herausforderung sind, wer dann?

Gerade die Volkshochschulen haben bewiesen, dass sie bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten unverzichtbar sind.

Sie bieten landesweit professionelle und systematische Sprachkurse auf allen Niveaustufen, kooperieren mit anderen Trägern, schaffen Verbindungen zu schulischen Angeboten ebenso wie zum Übergang in Ausbildung und Arbeit.

Das ist großartig, bezahlt sich aber nicht von allein.

Integration und damit uneingeschränkte Teilhabe findet vor Ort in den Städten und Gemeinden statt.

Viele der zu uns gekommenen Menschen werden bleiben und das unabhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus.

Wir dürfen nicht den Fehler machen oder besser gesagt wiederholen, und glauben, Integration ginge von alleine.

Es gilt, die Verpflichtungen aus der Menschenrechtskonvention und aus unserem Grundgesetz mit einer entsprechend respektvollen Kultur in die Praxis umzusetzen. Dabei sind die Chancen und Risiken der Integration sehr gemischt.

Wir Kommunen können aber positive Rahmenbedingungen schaffen und das in vielfältiger Weise, beispielsweise gerade in der Unterstützung unserer Volkshochschulen vor Ort.

Gute Rahmenbedingungen sind zwar auch keine Garantie, aber Voraussetzung bzw. eine Basis, dass Integration gute Chancen hat und damit gelingen kann.

Akzeptanz in unserer Gesellschaft ist knappes Gut und deshalb sind zügige Entscheidungen und gute Konzepte zu Sprachförderung, zu Bildung, zu Arbeit und Ausbildung, zu durchmischten Wohnquartieren usw. notwendig. Vor allem dürfen Konkurrenzsituationen in den vorgenannten Bereichen nicht sich selbst überlassen werden, sie sind zu managen und weitestgehend zu verhindern.

Integration ist keine Einbahnstraße und heißt nicht, dass sich eine Kultur der anderen bedingungslos unterordnet.

Integration geht von beiden Seiten aus, bedeutet gemeinsame Veränderung in die Zukunft hinein und damit die Schaffung einer im besten Falle gemeinsam getragenen Gesellschaft.

Assimilation kann und darf nicht gewollt sein. Sie führt zu hoher Unzufriedenheit bzw. zur Bildung von Parallelstrukturen mit all den damit verbundenen Problemen.

„Dieser Weg wird kein leichter sein“,
ist eine Liedzeile der Söhne Mannheims und Xavier Naidous und beschreibt in einfachen Worten das vor uns Liegende.

„Dieser Weg wird steinig und schwer“, so heißt es weiter.

Mein Verständnis dazu,

„Ja, so ist es, aber wenn es leicht ist, kann es jeder!“

In diesem Sinne wünsche ich der Jahrestagung einen guten Verlauf, Ihnen alles Gute in Ihrem weiteren Schaffen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vielen Dank!